

**Zeitschrift:** Sprachspiegel : Zweimonatsschrift  
**Herausgeber:** Schweizerischer Verein für die deutsche Sprache  
**Band:** 65 (2009)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Das deutsche "Unwort des Jahres 2008  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-421948>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Das deutsche «Unwort» des Jahres 2008

Seit 1991 wählt die deutsche «Sprachkritische Aktion *Unwort des Jahres*» Anfang jedes Jahres ein «Unwort» des vergangenen Jahres. Absicht des Unternehmens ist, laut Satzung der Aktion: «Die Aktion *Unwort des Jahres* will für mehr sachliche Angemessenheit und Humanität im öffentlichen Sprachgebrauch werben. Zu diesem Zweck sollen jährlich einzelne Wörter oder Formulierungen aus der aktuellen öffentlichen Kommunikation, welche die Erfordernisse sachlicher Angemessenheit und humanen Miteinanders besonders deutlich verfehlen, öffentlich gerügt werden. Die Rügen verstehen sich in erster Linie als Anregung zu mehr sprachkritischer Reflexion.»

Initiant der Aktion vor 17 Jahren war der Sprachwissenschaftler Prof. Horst Dieter Schlosser (Frankfurt a. M.). Er gehört heute noch der unabhängigen Jury an, die sich aus vier Sprachwissenschaftlern als ständigen Mitgliedern und zwei jährlich zugezogenen Vertretern der öffentlichen Sprachpraxis zusammensetzt.

Der Entscheid der Jury gründet auf Vorschlägen, die von überall her, aus der ganzen Sprachgemeinschaft, eingeschickt werden können. Durch einen öffentlichen Aufruf jeweils im Herbst wird um Einsendung von Vorschlägen gebeten. Die Entscheidung hängt jedoch nicht von der

Zahl der Unterstützungen eines Vorschlags ab (die manipuliert werden könnte), sondern erfolgt ausschliesslich nach inhaltlichen Kriterien.

Die Wahl wird stets auch mit einem kurzen, begründenden Kommentar versehen.

Für das Jahr 2008 wurde **notleidende Banken** als Unwort blossgestellt. Kommentar: «Das Verhältnis von Ursachen und Folgen der Weltwirtschaftskrise wird rundweg auf den Kopf gestellt. Während die Volkswirtschaften in ärgste Bedrängnis geraten und die Steuerzahler Milliardenkredite mittragen müssen, werden die Banken mit ihrer Finanzpolitik, durch die die Krise verursacht wurde, zu Opfern stilisiert.»

Zwei weitere Wörter wurden ebenfalls in diese unrühmliche Liste aufgenommen:

**Rentnerdemokratie:** «Als die Renten um ganze 1,1% erhöht werden sollten, malte der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog, selbst Besitzer satter Altersbezüge, das Schreckbild eines Staates, einer «Rentnerdemokratie», in der «die Alten die Jungen ausplündern.»»

**Karlsruhe-Touristen:** «Diffamierung von Bürgern, die wiederholt wegen Verfassungsgemässheit von Gesetzen das Bundesverfassungsgericht anrufen – ausgerechnet durch den Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft R. Wendt.»

Nf.